



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Raumordnungsprognose 2025 – Erste Ergebnisse

BBR-Berichte KOMPAKT, Nr. 2 / 2008

Seit fast 30 Jahren führt das BBR in regelmäßigen Abständen Raumordnungsprognosen (ROP) durch. Dabei werden ausgewählte Merkmale aus den Bereichen Demographie, Arbeits- und Wohnungsmarkt in ihrem künftigen Verlauf geschätzt. Mit diesen Eckwerten der räumlichen Entwicklung, zustande gekommen unter Status quo-Annahmen bisheriger Trends, wird öffentlicher Handlungsbedarf ermittelt und in politische Handlungsempfehlungen umgesetzt. Die Raumordnungsprognosen des BBR sind gedacht als ein Stück notwendiger öffentlicher Aufklärung; sie sollen dazu beitragen, bei der dreidimensionalen Ausrichtung der räumlichen Politik auf ökonomische, soziale und ökologische Ziele den demographischen Wandel in einen „gestaltenden Umbau“ zu integrieren.

Aktuell hat das BBR bereits die fünfte ROP für das geeinte Deutschland fertig gestellt. Die Veröffentlichung wird in der Reihe „Berichte“ und auf einer CD mit umfangreichen Ergebnistabellen erscheinen. Vorab werden in der BBR-Reihe „Berichte KOMPAKT“ zentrale Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Raumordnungsprognose 2025 (ROP 2025) umfasst den demographischen Kernbereich mit den Merkmalen Bevölkerung, private Haushalte und Erwerbspersonen. Der Prognosehorizont reicht meist bis 2025, in einigen Fällen bis 2050. Die Ergebnisse erweitern und akzentuieren das Zukunftswissen aus der Vorgänger-ROP 2020. Sie verdeutlichen, wie sehr der demographische Wandel auf den Arbeits- und den Wohnungsmärkten bereits seine Spuren

hinterlässt. Die Ergebnisse unterstreichen einmal mehr, dass die räumliche Vielfalt des demographischen Wandels keine einfachen Problemlösungen oder gar Patentrezepte zulässt.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Ergebnisse aller Prognosen, dass die Entwicklungsdynamik regional gespalten bleiben wird. Einer immer größer werdenden Gruppe von Städten und Gemeinden mit Schrumpfungstendenzen steht eine immer kleiner werdende Gruppe mit teils noch kräftigem Wachstum bei Bevölkerung, Haushalten und Erwerbspersonen gegenüber. Das Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung ist heute und mittelfristig die Realität der Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland. Es führt zu einer Vielzahl von räumlichen Problemkonstellationen, die regional und örtlich angepasste Entwicklungsstrategien erfordern.

Die ROP 2025 stützt sich auf folgende zentrale Annahmen: Die Bevölkerung verharrt auf dem derzeit erreichten Fertilitätsniveau, doch bekommen die Mütter ihre Kinder immer später. Die Lebenserwartung steigt ungebrochen weiter, letzte regionale Aufholprozesse gibt es in den neuen Ländern. Die Wanderungen innerhalb Deutschlands orientieren sich an den Mustern, wie sie sich nach der Stabilisierung des Wanderungsgeschehens ab ca. 2000 ergaben. Wanderungsverluste der neuen Länder verschwinden keineswegs. Die Außenwanderungen – derzeit auf extrem niedrigem Niveau – steigen wieder an, bleiben aber in dem von der Amtlichen Statistik in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung abgesteckten

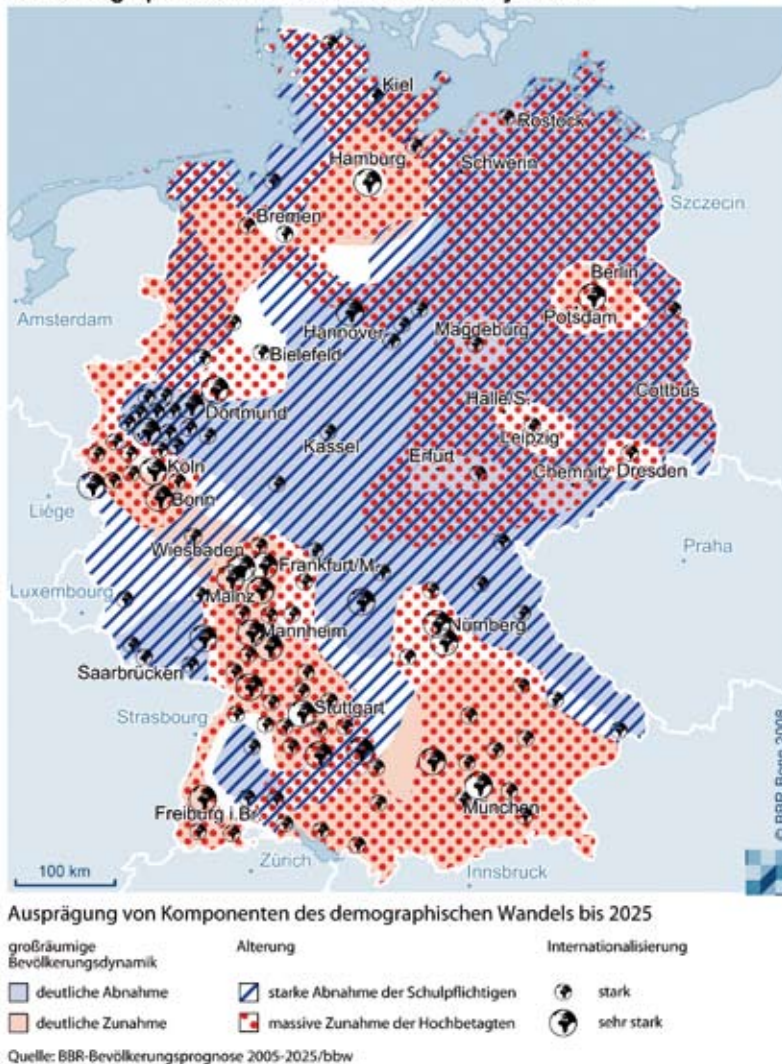


Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann per E-Mail bezogen werden bei:
referat-11@bbr.bund.de

Inhalt:

- Raumordnungsprognose 2025
- Transaktionen großer Wohnungsportfolios
- Forschungsinitiative Zukunft Bau
- 3. Demographie-Kongress Best Age
- Ergebnisse der Raum- und Stadtbeobachtung auf Statistischer Woche
- Werkstatt: Praxis Zwischennutzungen
- Werkstatt: Praxis Wissensgesellschaft
- Stadtentwicklungsfonds in Deutschland
- Europäische Politik des territorialen Zusammenhalts
- ESF-Bundesprogramm BIWAQ
- Werkstatt-Stadt
- Raum- und Stadtentwicklung in Asien
- Veranstaltungsankündigungen
- *Neues aus der Forschung*

Der demographische Wandel im Raum - eine Synthese



Rahmen. Wichtige Erwartungen für die Prognose der Erwerbspersonen und der privaten Haushalte sind Trends in Richtung längere Erwerbsbeteiligung und das Leben in kleineren Haushalten.

Unter diesen Annahmen nimmt die Bevölkerung in Deutschland bis 2025 geringfügig um etwa 2 % ab. In diesem Befund steckt noch keine politische Brisanz. Bedeutsam sind die Veränderungen hinter dieser globalen Zahl, in der inneren Zusammensetzung der Bevölkerung, in deren räumlicher Verteilung und in der Tatsache, dass ohne internationale Zuwanderung die Abnahme der Bevölkerung etwa drei Mal so stark wäre.

Bevölkerungsabnahme und Alterung treffen vor allem die Neuen Länder: Die Zahl der Jungen, der unter 20-jährigen, nimmt hier bis 2025 um gut ein Viertel ab, die Zahl der

Älteren, der über 60-jährigen, steigt dagegen um mehr als ein Viertel. Vor allem die innere Zusammensetzung der Bevölkerung, zusätzlich noch rückläufige Geburtenzahlen und steigende Lebenserwartung sorgen dafür, dass in den Neuen wie in den Alten Ländern der Anteil der Alten stark anwachsen wird. Die Alterung erfasst auch die Arbeitsmärkte. Die Zahl der älteren Erwerbspersonen (ab 45 Jahre) wächst, die Zahl junger (unter 30 Jahre) Erwerbstätiger nimmt ab, in den Neuen Ländern mit fast 40 % geradezu dramatisch. Dagegen nimmt trotz Bevölkerungsabnahme die Zahl der privaten Haushalte noch zu, ein Effekt der tendenziellen Haushaltsverkleinerungen.

Bevölkerungsabnahme, Alterung und Internationalisierung sind unumkehrbare Bestandteile des demographischen Wandels.

Alle drei Komponenten besitzen – jede für sich – sehr unterschiedliche räumliche Schwerpunkte, die sich teils überlagern, teils sogar gegenläufige Tendenzen zeigen. Ein Fazit im Sinne einer Synthese oder Gesamtschau der Komponenten des demographischen Wandels hilft, zwei Fragen zu beantworten:

- Wo haben die Komponenten des demographischen Wandels ihre räumlichen Schwerpunkte?
- Wo fallen verschiedene Komponenten des demographischen Wandels zusammen?

Mit der Synthesekarte wird die regionale Vielfalt innerhalb Deutschlands dargestellt, und es werden Teilräume identifiziert, in denen der demographische Wandel besonders auffällig stattfindet. Dadurch werden die dominierenden räumlichen Muster der Prognoseergebnisse nochmals verdeutlicht.

Der demographische Wandel stellt weiter eine besondere Herausforderung für die Raum- und Stadtentwicklungspolitik in Bund und Ländern dar. An Bedeutung gewinnen der verschärfte Blick auf das bereits Vorhandene (statt auf das neu zu Schaffende), die effizientere Nutzung von Beständen, die Erbringung von Anpassungsleistungen, die Bewahrung der Tragfähigkeit in den Regionen. Wesentliche Aufgaben im gestalteten Umbau sind die Sicherung einer angemessenen Infrastrukturversorgung in dünn besiedelten ländlichen Räumen mit starkem Bevölkerungsrückgang sowie die Sicherung der Attraktivität schrumpfender Städte und Gemeinden als Orte des Lebens und Arbeitsens durch Stadtumbau.

Kontakt:

Dr. Hansjörg Bucher
Claus Schlömer
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 20
401 23 31

E-Mail:
hansjoerg.bucher
@bbr.bund.de
claus.schloemer
@bbr.bund.de

Transaktionen großer Wohnungsportfolios in Deutschland

Verkäufe von Wohnungsportfolios bzw. Wohnungs-(bau)unternehmen in Deutschland haben seit dem Ende der 1990er Jahre eine neue Dimension erreicht. Allein in den Jahren 2004 und 2005 wurden in etwa 70 Transaktionen (ab 800 Wohnungen) knapp 720.000 Wohnungen veräußert. Infolgedessen setzte eine breite wohnungs- und sozialpolitische Debatte über die Auswirkungen derartiger Verkäufe – insbesondere der öffentlichen Hand – auf Stadtentwicklung, soziale Wohnraumversorgung und kommunalpolitische Steuerungsmöglichkeiten ein.

Aufbauend auf das Forschungsprojekt „Veränderungen der Anbieterstruktur im deutschen Wohnungsmarkt und Wohnungspolitische Implikationen“ (BBR-Forschungen, Heft 124) führt das BBR eine Datenbank über Transaktionen von Wohnungsportfolios, die regelmäßig aktualisiert wird. In die Untersuchung einbezogen werden Transaktionsfälle ab 800 Wohnungen. Das BBR hat die Daten für den Zeitraum von Anfang 1999 bis Ende 2007 ausgewertet. Die Ergebnisse wurden im BBR-Bericht KOMPAKT 1/2008 veröffentlicht.

In den 262 ermittelten Transaktionen wurden insgesamt mehr als 1,7 Mio. Wohnungen gehandelt. Die Anzahl der Transaktionen pro Jahr hat sich im Zeitverlauf seit 1999 immer weiter erhöht. Dabei ist ab 2005 ein deutlich höheres Niveau an Transaktionsfällen im Vergleich zu den früheren Jahren zu verzeichnen. Die Zahl der verkauften Wohnungen erlebte 2004 und 2005 einen sprunghaften Anstieg, was auf einige sehr große Transaktionen zurückzuführen ist.

Seit dem Höhepunkt 2004/2005 ist die Zahl der pro Jahr verkauften Wohnungen wieder leicht zurückgegangen. Dennoch liegt das Niveau deutlich höher als noch im Zeitraum 1999 bis 2003. Die gesunkene Anzahl verkaufter Wohnungen der letzten beiden Jahre bei gleichzeitig steigenden Transaktionsfällen erklärt sich durch den Trend hin zu Verkäufen kleinerer Portfolios.

Knapp die Hälfte der gehandelten Wohnungen stammt von der öffentlichen Hand. Diese tritt allerdings als Verkäufer zunehmend in den Hintergrund. Die andere Hälfte wurde von Privaten Eigentümern/Investoren verkauft, wobei insbesondere Unternehmen aus Deutschland als Verkäufer auftreten. Die meisten Wohnungen wurden an privatwirt-

schaftliche Investoren/Unternehmen veräußert, hierbei überwiegend an Investoren/Unternehmen aus dem Ausland.

Im Rahmen der Portfoliotransaktionen wurden im Durchschnitt 44.000 € pro Wohnung bzw. 692 € pro Quadratmeter gezahlt. Über den Untersuchungszeitraum 1999 bis 2007 betrachtet, sind die Preise spürbar angestiegen. In den neuen Bundesländern bewegen sich die Preise auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in den alten. Auch das umgesetzte Transaktionsvolumen hat in den letzten Jahren zugenommen. Während noch im Jahr 2001 schätzungsweise rund 4,6 Mrd. € bewegt wurden, ist das hochgerechnete Transaktionsvolumen seit 2004 mit Werten zwischen 12,6 und 17,2 Mrd. € deutlich größer.



BBR-Berichte KOMPAKT Nr. 1 / 2008 ist nur noch online verfügbar unter: www.bbr.bund.de
> Veröffentlichungen
> BBR-Berichte KOMPAKT



Eine fortgeschriebene Auswertung, die auch das erste Halbjahr 2008 umfasst, wird voraussichtlich noch in diesem Jahr in der Reihe BBR-Berichte KOMPAKT veröffentlicht.

Kontakt:

Gudrun Claßen
Karin Lorenz-Hennig
Referat II 13
Kostenstrukturen und
Qualitäten im Wohnungs-
bau, Wohnungswirtschaft
Tel.: 0228 99 – 401 15 05
401 15 27

E-Mail:
gudrun.classen@bbr.bund.de
karin.lorenz-hennig@bbr.bund.de

Forschungsinitiative Zukunft Bau – Zwischenbilanz und erste Ergebnisse

Mit der Forschungsinitiative Zukunft Bau wurde 2006 vom BMVBS ein Forschungsprogramm als Instrument zur Stärkung der Innovationskraft der deutschen Bauwirtschaft geschaffen. Das BBR ist als Projektträger für die Abwicklung des Forschungsprogramms verantwortlich.

Die Forschungsinitiative Zukunft Bau beinhaltet die Bereiche der Auftrags- und der Antragsforschung. Die Projekte der Auftragsforschung werden von den entsprechenden Fachressorts ausgeschrieben und im Wettbewerb vergeben.

Im Rahmen der Antragsforschung werden Forschungsanträge aus Praxis, Wirtschaft und Forschung beim BBR eingereicht und in einem Bewertungsprozess ausgewählt. Bislang trafen über 700 Projektanträge beim BBR ein, von denen bisher ca. 100 gefördert werden konnten. Schwerpunkte von Zukunft Bau sind folgende sieben Forschungscluster, welche die entscheidenden Innovationsfelder des Bauwesens abdecken:

- Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Gebäudebereich, Berechnungstools
- Neue Konzepte und Prototypen für das energiesparende Bauen, Null- bzw. Plusenergiehauskonzepte
- Neue Materialien und Techniken
- Nachhaltiges Bauen, Bauqualität
- Demographischer Wandel
- Regelwerke und Vergabe
- RFID-Techniken im Bauwesen

Zwei dieser Cluster werden im Folgenden anhand aktueller Forschungsprojekte aus der Antragsforschung kurz vorgestellt.

Forschungscluster Nachhaltiges Bauen, Bauqualität

Der Forschungscluster „Nachhaltiges Bauen, Bauqualität“ umfasst alle baubezogenen Aspekte der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit. Hierbei werden neben Fragestellungen zur Planung und Bewertung nachhaltiger Gebäude vor allem Probleme der Dauerhaftigkeit von Materialien und Nutzungskonzepten sowie Verfahren zur Erfassung der gesamten Lebenszykluskosten untersucht.

Im Mittelpunkt steht hierbei die Überlegung, dass die nachhaltige Nutzung eines

Gebäudes nur dann möglich ist, wenn seine technische, ästhetische und wirtschaftliche Eignung über einen langen Zeitraum gewährleistet ist, und es darüber hinaus eine dauerhafte Flexibilität hinsichtlich sich wandelnder Nutzeranforderungen garantiert.

Forschungsprojekt ImmoInvest – Grundlagen nachhaltiger Immobilieninvestments

In der Forschungsarbeit „ImmoInvest“ wurden die Chancen von nachhaltigen Immobilieninvestments am Finanzmarkt untersucht – ein aktuelles Thema.

Neben den wirtschaftlichen, architektonischen und funktionalen Aspekten spielen bei Immobilien zunehmend auch Nachhaltigkeitsaspekte eine Rolle. Während es für die Planung und Bewertung einzelner Immobilien ein breites Spektrum an Werkzeugen gibt, mit deren Hilfe die Merkmale der Nachhaltigkeit bewertet werden können, stehen im Bereich der Immobilienfonds bislang keine ausreichenden Tools zur Verfügung. Dies führt dazu, dass für Immobilien – im Gegensatz zu anderen Asset-Klassen – bislang keine nachhaltigen Finanzprodukte angeboten werden können.

Das Forschungsvorhaben lieferte die Grundlagen zur Einführung nachhaltiger Immobilieninvestmentprodukte.

Die Bearbeitung des Projekts wurde durch eine fachübergreifende Kooperation von Wirtschaft und Forschung durchgeführt. Projektpartner waren die WestLB AG, die Universität Stuttgart, die Universität Karlsruhe (TH), die IW Consult GmbH und die rfu Unternehmensberatung.

Die Projektpartner erarbeiteten die folgenden Teilaspekte:

- Analyse von Datenbeständen zur Untersuchung des Zusammenhangs von Nachhaltigkeit und den mit Immobilien verbundenen Risiken und Chancen
- Integration bereits existierender Bewertungskriterien zur Ermittlung nachhaltiger Immobilieninvestments
- Analysen und Konzeptionen zur Entwicklung einer geeigneten Kapitalanlageform
- Vorbereitung zur Auflegung von geeigneten Finanzprodukten zur Erzeugung einer Nachfrage für nachhaltige Immobilieninvestments

Nähere Informationen finden Sie unter:
www.bbr.bund.de/
Forschungsprogramme/
ZukunftBau

Kontakt:

Guido Hagel
Miriam Hohfeld
Referat II 2
Forschung im Bauwesen, Energieeinsparung,
Klimaschutz, GAEB
Tel.: 0228 99 – 401 14 82
401 15 20

E-Mail:
guido.hagel
@bbr.bund.de
miriam.hohfeld
@bbr.bund.de

Die Untersuchungen haben ergeben, dass das Instrument des offenen Immobilieninvestmentfonds dazu geeignet ist, Finanzmittel für Nachhaltige Immobilieninvestitionen in Deutschland zu akquirieren. Insgesamt besteht nach der Studie ein Potenzial von ca. 4 Mrd. Euro. Es hat sich gezeigt, dass zur Nachhaltigkeitsbewertung sowohl auf der Ebene der Einzelimmobilien als auch auf Ebene der Immobilienfonds eine differenzierte Betrachtung der Auszeichnungs- und Klassifizierungskriterien notwendig ist.

Forschungscluster Demographischer Wandel

Die Projekte des Forschungsclusters „Demographischer Wandel“ setzen sich mit der Frage auseinander, wie nutzerorientiertes Bauen vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und des demographischen Wandels künftig aussehen kann.

Dabei steht nicht nur die alternde Gesellschaft mit ihren erhöhten Ansprüchen an Bedienkomfort und Barrierefreiheit im Mittelpunkt. Es sollen vielmehr neue Gebäudekonzepte für eine Gesellschaft entwickelt werden, deren traditionelle Lebens- und Wohnformen immer weiter in den Hintergrund rücken. Die hierdurch voranschreitende Differenzierung der Nutzeransprüche wird darüber hinaus vor dem Hintergrund eines Nebeneinanders von wachsenden und schrumpfenden Regionen untersucht.

Forschungsprojekt *fertighauscity 5+* – Typologische und technische Untersuchung zu mehrgeschossigen Holzbauweisen

Im Rahmen des Forschungsprojekts *fertighauscity 5+* wurde die Möglichkeit zur flexiblen, schnellen und kostengünstigen Realisation von Holz-Fertighaus-Bauten in innerstädtischen, verdichteten Lagen untersucht.



Quelle: IIKE – Institut für Baukonstruktionen und Industriebau der Uni Braunschweig

Aufgrund aktueller soziodemographischer Entwicklungen erfreut sich das Wohnen in verdichteten, zentrumsnahen Quartieren von Stadtregionen zunehmender Beliebtheit. Im Vergleich mit dem Wohnen in weniger verdichteten Vorstadtbereichen werden von den Nutzern dabei einige Nachteile in Kauf genommen. So besitzen die Grundrisse in traditionellen innerstädtischen Gebäuden nur eine geringe Flexibilität. Darüber hinaus haben die zukünftigen Nutzer von neu zu erstellenden Gebäuden oftmals nur geringen Einfluss auf die Konzeption ihres zukünftigen Wohnraumes.

Das Forschungsteam um *fertighauscity5+* entwickelte deshalb ein Konzept, das individuelle Gestaltungsspielräume bei bis zu 5-geschossigen Bautypen ermöglicht. Als Konstruktionsprinzip wurde der Holzbau mit vorgefertigten Elementen gewählt, mit dem den Nutzern eine individuelle Konfiguration ihrer Gebäude ermöglicht werden kann. Das Projekt „*fertighauscity5+*“ wurde als Verbundprojekt von folgenden Forschungsinstituten bearbeitet:

- TU Braunschweig – IIKE Institut für Baukonstruktionen und Industriebau Abteilung Industriebau und Konstruktives Entwerfen
- TU Braunschweig – IGS Institut für Gebäude und Solartechnik
- TU Braunschweig – IBMB Institut für Baustoffe, Massivbau und Brandschutz
- O.Lux Holzbau – Roth
- BWK – BauWohnberatung Karlsruhe

Folgende Arbeitspakete wurden bearbeitet:

- Erfassung der Theoretische Grundlagen
- Entwicklung von Bautypologie und Prototyp
- Analyse verschiedener Tragwerke
- Untersuchung der Aspekte des Brandschutzes
- Betrachtung bauphysikalischer Aspekte
- Untersuchungen im Bereich der Gebäudetechnik
- Entwicklung von Konstruktionsdetails und Ausführungsmöglichkeiten

Mit „*fertighauscity5+*“ wurde gezeigt, dass fünfgeschossige Fertighäuser in Holzbauweise an innerstädtischen Standorten möglich sind. Darüber hinaus liefert die Arbeit aufgrund ihrer vielschichtigen Herangehensweise auch in Teilbereichen wertvolle Hinweise zur Lösung aktueller (Wohn-) Probleme des demographischen Wandels.

ImmoInvest – Grundlagen nachhaltiger Immobilien- investments

Forscher:
WestLB AG,
Universität Stuttgart,
Universität Karlsruhe (TH),
IW Consult GmbH,
rfu Unternehmensberatung.

Die Langfassungen der Forschungsberichte sind über den Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft, Prof. Dr. Henry Schäfer zu beziehen.
Kronenstraße 39
70174 Stuttgart
Deutschland
<http://www.uni-stuttgart.de/finance>

Forschungsprojekt *fertighauscity 5+* – Typo- logische und technische Untersuchung zu mehr- geschossigen Holzbau- weisen

Forscher:
TU Braunschweig – IIKE
Institut für Baukonstruktionen
und Industriebau Abteilung
Industriebau und Konstruktives
Entwerfen
Pockelsstraße 3, 8. OG
38106 Braunschweig
Deutschland
<http://www.ibau.tu-bs.de>

Kontakt:

Florian Hanusa
Fraunhofer IRB
Forschungsinitiative
Zukunft Bau
Forschungsbegleitung
Tel.: 0228 99 – 401 16 41
E-Mail:
flh@irb.fraunhofer.de



Fachforum „Region schafft Zukunft“ auf dem 3. Demographie-Kongress „Best Age“

Das BBR hat auf dem 3. Demographie-Kongress „Best Age“ des „Behörden Spiegel“ am 3. September in Berlin das Fachforum „Region schafft Zukunft“ durchgeführt und als Aussteller und Partner der Veranstaltung Forschungsergebnisse aus dem Themenfeld Demographischer Wandel präsentiert. Der Kongress ist das deutschlandweit größte Branchentreffen der Akteure im Politikfeld Demographischer Wandel.



Zog viele Besucherinnen und Besucher an: der BBR-Stand auf dem „Best Age“-Kongress

Demographischer Wandel erfordert Doppelstrategie

Der demographische Wandel stellt vor allem die Stadt- und Regionalentwicklung vor große Herausforderungen. Mit welchen Rezepten sie diesem begegnen kann, diese Frage stand am zweiten Veranstaltungstag im Mittelpunkt. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Ulrich Kasparick benannte in seiner Rede zwei Strategien: Zum einen komme es darauf an, das Wanderungsverhalten durch Schaffung und Aufzeigen attraktiver Perspektiven in den Regionen und durch mehr Zuwanderung zu beeinflussen. Zum anderen müsse die Daseinsvorsorge in den Gebieten mit starken Bevölkerungsrückgängen gesichert werden. „Zentraler Punkt ist, dem demographischen Wandel offensiv zu begegnen, innovative und nachhaltige Angebote für die zukünftige Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen zu unterbreiten, um damit die Menschen in den betroffenen Regionen zu halten und gegebenenfalls auch Zuwanderung zu gewinnen“, sagte Kasparick.

„Region schafft Zukunft“ – Masterplan Daseinsvorsorge

Wie diese Strategien mit Leben gefüllt werden können, wird derzeit in dem Modellvorhaben „Region schafft Zukunft“ erprobt. In den beiden Modellregionen „Südharz-Kyffhäuser“ und „Stettiner Haff“ fördert das BMVBS innovative Projekte. Ziel ist, die verschiedenen regionalen Ansätze, Ideen und Projekte zur aktiven Gestaltung des demographischen Wandels zu bündeln und in Rahmen eines integrativen demographischen Handlungskonzeptes umzusetzen.

Etwa 50 Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer nutzten das Fachforum, um über Ansätze der Zukunftsgestaltung der

Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen zu diskutieren. In dem von Klaus Einig und Martin Spangenberg (BBR) moderierten Programm gaben Prof. Dr. Peter Dehne und Axel Dosch von der Projektassistenz des Modellvorhabens, der Hochschule Neubrandenburg und dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung, einen Überblick über das Modellvorhaben und resümierten den Stand der Arbeiten zur Projekthalbzeit. Anschließend stellten die Regionalkoordinatoren Carsten Berkenhagen und Beate Urbanski Initiativen und Projekte in den beiden Modellregionen vor. Zu den wesentlichen Handlungsfeldern gehören der regionale Arbeitsmarkt und Ausbildungsinitiativen, Verkehrsinfrastruktur sowie die Gesundheits-, Schul-, Sport- und Freizeitversorgung und neue Formen des Wohnens und Zusammenlebens.

Dr. Jens-Martin Gutsche (Gertz Gutsche Rümenapp Stadtentwicklung und Mobilität GbR) präsentierte schließlich den modellregionenübergreifenden Ansatz des „Masterplans Daseinsvorsorge“. Ziel des Masterplans ist es, Mindestanforderungen öffentlicher Daseinsvorsorge und Maßstäbe einer angemessenen Versorgung sowie die Erreichbarkeit von Infrastrukturangeboten zu sichern und weiter zu entwickeln – etwa in den Bereichen Schule, Pflege, Kultur und ÖPNV. Erreichbarkeitsanalysen für Einrichtungen der Daseinsvorsorge sollen dabei helfen, deren Auslastung und Kostenentwicklung zu prognostizieren, alternative Angebotsformen zu entwickeln und die Akteure auf regionaler Ebene besser zu vernetzen. Das Vorhaben verfolgt einen diskursiven Ansatz, der alle Beteiligten einbezieht.

Im Mittelpunkt der abschließenden Diskussion mit den Teilnehmern standen die vorgestellten Lösungsansätze zur Bewältigung des demographischen Wandels. Die Beiträge machten eines deutlich: Es gibt keine Patentrezepte. Vielmehr sind regionalspezifische Lösungen nötig, um Lebensperspektiven im ländlichen Raum zu sichern und zu entwickeln. Dazu bedarf es eines gemeinsamen Engagements der Akteure in Bund, Länder, Kommunen, der Projektträger und der Bürgerinnen und Bürger sowie der Überprüfung von Standards und rechtlicher Rahmenbedingungen.

Web-Links:
Internetseite zum Modellvorhaben:
www.region-schafft-zukunft.de

Internetseite zur Konferenz:
www.best-age-conference.com

Die Vorträge sind unter „Kongress 2008“ abrufbar.

Kontakt:

Klaus Einig
Martin Spangenberg
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 03
401 22 35

E-Mail:
klaus.einig@bbr.bund.de
martin.spangenberg@bbr.bund.de

BBR präsentiert Ergebnisse der Raum- und Stadtbeobachtung auf Statistischer Woche

Mit einem Stand war der Wissenschaftliche Bereich auf der Statistischen Woche vom 15. bis 18. September in der Universität Köln vertreten. Referenten des BBR stellten zudem aktuelle Ergebnisse der Raum- und Stadtentwicklung vor. Veranstaltet wird die Statistische Woche von der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG), dem Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) und der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD).

Entwicklungsperspektiven von Städten und Stadtregionen

Die Besucherinnen und Besucher konnten sich an dem Stand über das räumliche Informationssystem des BBR und seine Produkte wie die CD-ROM „INKAR“ sowie die Internetplattform Raumbeobachtung.de informieren und nutzten die Gelegenheit zum intensiven Erfahrungsaustausch. Ausgewählte Ergebnisse aus der Laufenden Raum- und Stadtbeobachtung des BBR standen auch im Mittelpunkt der Vorträge von Dr. Hans-Peter Gatzweiler, Leiter der Abteilung „Raumentwicklung und Städtebau“ im BBR, und Dr. Gabriele Sturm, Projektleiterin im Referat „Raum- und Stadtbeobachtung“.

Gatzweiler skizzierte in seinem Vortrag, der sich in den vom VDSt organisierten Themenblock „Bewertungsgrundlagen der Zukunftsfähigkeit“ einfügte, die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven von Städten und Stadtregionen. Die Bedeutung von Humankapital und technischem Wissen wachse in der globalen Ökonomie. „Gewinner werden in erster Linie die Zentren, die Städte sein, in denen sich Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten konzentrieren“, sagte Gatzweiler. Bevölkerungsrückgang und Alterung der Bevölkerung versprechen keine kräftigen Impulse für eine Renaissance der Städte. Diese werde kein Selbstläufer werden. „Es wird notwendig sein, eine gezielte Politik pro Stadt zu betreiben, Städte als Wohn- und Arbeitsort attraktiv zu machen“, so Gatzweiler.

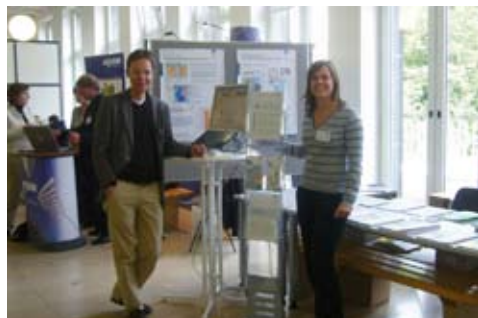
Frau Dr. Sturm präsentierte im Veranstaltungsblock „Kommunale Entwicklungsfähigkeit und Integration“ Befunde der aktuellen BBR-Bevölkerungsumfrage zu den Themen Nachbarschaft, Integration und Segregation. Die Beurteilung des persönlich erlebten Nachbarverhältnisses zwi-

schen Deutschen und Ausländern habe sich im Zeitverlauf kaum verändert, sagte Frau Sturm. Die Umfrage zeige, dass die Integrationsbereitschaft in Deutschland im Zeitvergleich gewachsen sei. Die Wahrnehmung von Armut in der Nachbarschaft habe in den vergangenen Jahren zugenommen.

Workshop der Deutschen Gesellschaft für Demographie

Die DGD als einer der Veranstalter der Statistischen Woche führte gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung einen ganztägigen Workshop durch, der sich mit Sterblichkeit, Gesundheit und Pflege in Deutschland befasste – ein Forschungsfeld, das mit der Alterung im demographischen Wandel laufend an Bedeutung gewinnt. Die Präsentationen im Bereich Pflege stützten sich weitgehend auf Erkenntnisse der erst seit 1999 in zweijährigem Turnus durchgeführten Pflegestatistik. Verknüpft mit Bevölkerungsprognosen des BBR (Raumordnungsprognose 2025) und des Statistischen Bundesamtes (11. koordinierte) wurde die Pflegestatistik als ein wesentlicher Baustein für Prognosen des Pflegebedarfs eingesetzt.

Der Workshop war gut besucht und wurde lebhaft angenommen. Deutlich wurde, dass in der neuen Pflegestatistik noch ein großes Potenzial an Forschungsfragen schlummert. Das BBR wird den weiteren Aktivitäten in diesem Bereich mit besonderem Interesse folgen, handelt es sich doch bei Pflegebedarf und Pflegeinfrastruktur um Indikatoren, die die regionale Lebensqualität unmittelbar tangieren und über die Lebenserwartung langfristig die räumliche Bevölkerungsdynamik beeinflussen.



BBR-Mitarbeiter stellten die Veröffentlichungen der Laufenden Raumbeobachtung vor

Die Vorträge finden Sie demnächst unter:
www.staedtestatistik.de/statistische-woche.html

Kontakt:

Christian Schlag
Referat I 7
Wissenschaftliche Dienste
Tel.: 0228 99 – 401 14 84
E-Mail:
christian.schlag@bbr.bund.de



Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Werkstatt: Praxis, Heft 57



Das Heft ist kostenfrei und kann unter dem Stichwort „Werkstatt: Praxis 57“ bezogen werden bei silvia.wicharz@bbr.bund.de

Download des Heftes 57 der Reihe Werkstatt:Praxis unter: www.bbr.bund.de
> Veröffentlichungen
> Werkstatt:Praxis/2008/Heft57

Auftragnehmer:

BPW baumgart+partner
Ostertorsteinweg 70-71
28203 Bremen

Kontakt:

Evi Goderbauer
Referat I 2
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 19
E-Mail:
evi.goderbauer@bbr.bund.de

Zwischen- und Nischennutzungen sind ein aktuelles Thema angesichts des demographischen Wandels und schrumpfender Städte. Sie können auf brach gefallenen Grundstücken und in leer stehenden Gebäuden, für die sich derzeit keine dauerhaften Nutzungen etablieren lassen, ebenso angesiedelt werden wie an Standorten, die sich noch in der planungsrechtlichen Entwicklung befinden. In jedem Fall sind es Nutzungen, die nur für einen befristeten Zeitraum vorgesehen sind. Diese können sowohl im Interesse der Nutzer wie der Eigentümer sein.

Unter Zwischen- und Nischennutzungen wurden bislang eher spontane, ungeplante und informelle Aktivitäten meist mit An eignung städtischer Freiflächen oder leer stehender Gebäude verstanden. In den letzten Jahren wurde die Aufmerksamkeit jedoch zunehmend auf die Effekte der Zwischennutzungen für die Stabilisierung oder Entwicklung von Standorten gelenkt. Dieses Potenzial haben inzwischen Stadt- und Freiraumplaner, Immobilieneigentümer oder Investoren sowie Standortgemeinschaften erkannt.

In dem gerade abgeschlossenen Forschungsvorhaben „Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ wurden diese Effekte von dem Bremer Büro BPW baumgart+partner im Auftrag des BBR untersucht. Grundlage war eine bundesweite Recherche nach Zwischen- und Nischennutzungsprojekten. Aus über 100 recherchierten Projekten wurden rd. 40 Zwischen- und Nischennutzungen für eine nähere Betrachtung ausgewählt und im Austausch mit den Akteuren vor Ort Typen, Probleme und Erfolgsfaktoren temporärer Nutzungen ermittelt.

Hilfreiches Unterscheidungsmerkmal hierbei war, die Immobilien nach ihrer aufgegebenen oder geplanten Hauptnutzung in folgende Standortgruppen zu differenzieren:

- Reserve- und Stadtentwicklungsflächen
- Industrie, Militär- und Infrastrukturbrachen
- Rückbauflächen und Baulücken
- Ladenlokale und Kaufhäuser
- Wohn-, Verwaltungs- und Bürogebäude

Außerdem gibt es inzwischen eine breite Palette unterschiedlicher Zwischennutzungsarten. Den folgenden Gruppen lassen sich die meisten Nutzungen zuordnen:

- Gärten, Grabeland, öffentliche Grünflächen (Interkulturelle Gärten, Mietergärten, Parks, Naturerlebnisräume Spielplätze)
- Sportanlagen (Ballsportanlagen, Skateareas, Dirtbikingstrecken)
- Kunst und Kultur (Ausstellungen, Galerien, Theater, Installationen)
- Gastronomie (Biergärten, Cafés, Restaurants, Strandbars, Diskotheken)
- Soziale Einrichtungen (Jugendclubs, Kindergruppen, Altentreffs, soziale Initiativen)
- Temporäres Wohnen (Studentenwohnheime, Soziale Wohnprojekte, Zeltplätze)
- Gewerbliche Nutzungen (Ladenprojekte, Lager, Märkte, Parkplätze, Start-Ups)

Fazit der Untersuchung: Zwischennutzungen können das Image benachteiligter Standorte verbessern und das kulturelle und soziale Leben im Stadtteil bereichern. Sie bieten Gestaltungsperspektiven für die Nutzer und finanzielle Entlastung für die Eigentümer. Bei der Etablierung von Zwischennutzungen stehen sich mitunter verschiedene Ziele und Interessenlagen der Zwischennutzer, Eigentümer und der Stadt gegenüber. Bei manchen Vorhaben treten daher Probleme auf, die eine Zwischennutzung erschweren können – etwa genehmigungsrechtliche Hürden, hohe Renditeerwartungen der Eigentümer oder die Furcht vor Verstetigung. Die Veröffentlichung enthält hierzu Handlungsempfehlungen, die Mittel und Wege aufzeigen, solche Probleme zu lösen.

Diese Handlungsempfehlungen basieren unter anderem auch auf Expertisen zur planungs- und bauordnungsrechtlichen Genehmigung von Zwischennutzungen, zu vertragsrechtlichen Regelungsmöglichkeiten sowie zum Einfluss von Zwischennutzungen auf Verkehrswert und Wirtschaftlichkeit einer Immobilie. Diese Gutachten werden ebenfalls in der Broschüre zusammengefasst dargestellt.

Raumentwicklungspolitische Ansätze zur Förderung der Wissensgesellschaft

Werkstatt: Praxis, Heft 58

Immer mehr Regionen versuchen sich in der Wissensgesellschaft zu positionieren, und viele haben das Ziel, eine Wissensregion zu werden. Schnell werden in diesem Zusammenhang die Stichworte Universitäten, Patentanmeldungen und Hochtechnologiebranchen genannt, die es zu stärken gilt. Zweifelsohne sind das zentrale Aspekte, aber sie bedingen nicht alleine die Rolle einer Region in der Wissensgesellschaft. Vielmehr gehören verschiedene Dimensionen dazu:

- eine technische – z. B. hochwertige Verkehrsinfrastruktur und Breitbandanschlüsse, um an neuem Wissen teilhaben zu können;
- eine ökonomische – etwa bestimmte Berufsgruppen, Patentanmeldungen oder bestimmte Wirtschaftszweige;
- eine soziale – z. B. gemessen an den Abiturienten, Studenten und hochqualifizierten Beschäftigten in einer Region.

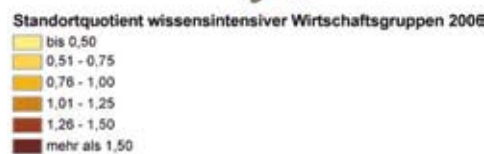
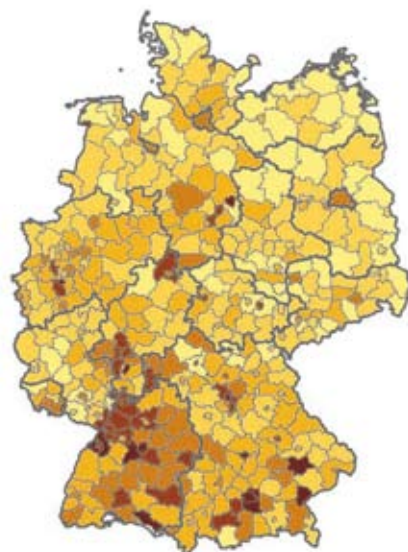
Diese drei Dimensionen sind in den Regionen individuell ausgeprägt. Damit sind aber auch die Chancen der Regionen unterschiedlich, sich in der Wissensgesellschaft zu behaupten. Gleichzeitig müssen dementsprechend die Strategien, d. h. die raumentwicklungspolitischen Ansätze, verschieden sein.

Ein vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. (IRS) bearbeitetes Forschungsprojekt beschäftigte sich mit folgenden Fragen: Was bedeutet eigentlich Wissensgesellschaft? Wie sind die drei Dimensionen untereinander verbunden? Wie sind die Wissensgesellschaft und ihre einzelnen Dimensionen in Deutschland ausgeprägt? Vor allem aber stellt sich die Frage, was die Raumordnung dazu beitragen kann, die Regionen in der Wissensgesellschaft zu positionieren.

Das nun vorliegende Werkstatt: Praxis-Heft bietet hierzu Antworten. Dafür hat das IRS – neben grundlegenden konzeptionellen Überlegungen und umfangreichen sekundärstatistischen Analysen – drei Regionen näher untersucht. An Hand der Metropolregion Rhein-Neckar, der Region Münster-Osnabrück sowie der Region Duderstadt und Umgebung wird aufgezeigt, wie unterschiedliche Raumtypen und verschieden ausgestattete Regionen sich in der Wissens-

gesellschaft behaupten. Neben dieser regionalen Ebene werden auch Ansätze der EU thematisiert. So wertet das IRS INTERREG IIB-Projekte zum Themenfeld „Wissen und Innovation“ aus. Darüber hinaus werden kurz die Förderpolitiken der Länder hinsichtlich ihrer Ziele untersucht.

Wissensbasierte Wirtschaftsbereiche



Quelle: eigene Darstellung auf Basis der Arbeitsmarktstatistik der BAA

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen werden Empfehlungen abgeleitet. Dabei wird deutlich, dass die Raumordnung viel dazu beitragen kann, die Wissensgesellschaft zu fördern und Regionen zu helfen, sich darin zu positionieren. Neben der Förderung von Netzwerken und der Verbesserung von zentralen Standortfaktoren können Integrationsagenturen gebildet bzw. gestärkt, Gelegenheiten für Interaktionen geschaffen, Leitbilder mit zentralen Akteuren erarbeitet oder das Regionalmanagement in diese Fragen eingebunden werden. Gleichzeitig bieten auch herkömmliche Ansätze der Raumordnung wie das Zentrale-Orte-Konzept oder Städtepartnerschaften Möglichkeiten, auf die Bedürfnisse der Akteure in der Wissensgesellschaft stärker einzugehen.



Das Heft ist kostenfrei und kann unter dem Stichwort „Werkstatt: Praxis 58“ bezogen werden bei marisa.trimborn@bbr.bund.de

Auftragnehmer:

Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. (IRS)
Flakenstraße 28-31
15537 Erkner

Kontakt:

Dr. Rupert Kawka
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 13 14
E-Mail:
rupert.kawka@bbr.bund.de



Stadtentwicklungsfonds in Deutschland – Ein neues ExWoSt-Forschungsfeld

Die Europäische Union hat für die Förderperiode 2007–2013 bei den Strukturfonds die Möglichkeit geschaffen, Zuschüsse im Rahmen von Stadtentwicklungsfonds in Kredite, Garantien, Mezzanine-Kapital etc. umzuwandeln. So soll ein zusätzliches Instrumentarium entstehen, das langfristig nachhaltig wirkende Investitionen in die Stadtentwicklung unterstützt (JESSICA-Initiative: Joint European Support of Sustainable Investments in City Areas).

Großes Bundesinteresse an belastbaren Einschätzungen

Zur Sicherung eines effektiven und effizienten Einsatzes der EU-Strukturfondsmittel in Deutschland ist es von hohem Bundesinteresse, die seitens der EU-Kommission gesehenen Vorteile der JESSICA-Initiative für Deutschland genauer zu hinterfragen und – soweit möglich – Pilotvorhaben auf Länderebene zu unterstützen, um fundierte Informationen über Machbarkeit und Mehrwert der JESSICA-Idee zu erhalten.

Durch die Förderung der Entwicklung von Stadtentwicklungsfonds in Modellvorhaben kann der Bund eine wichtige Katalysatorfunktion übernehmen, in dem er die Erfahrungen der Modellvorhaben aufbereitet und zusammen mit den relevanten Akteuren analysiert. Über die Identifizierung funktionierender JESSICA-Fondsmodelle können für andere, bislang nicht im JESSICA-Kontext engagierte Länder, u. U. wichtige Impulse gegeben werden, Stadtentwicklungsfonds zu erproben. Zudem können zielgerichtet analysierte pilothafte Stadtentwicklungsfonds möglicherweise wichtige Erkenntnisse liefern, wenn Bund und Länder die anstehende Neuorientierung der Städtebauförderprogramme vorbereiten.

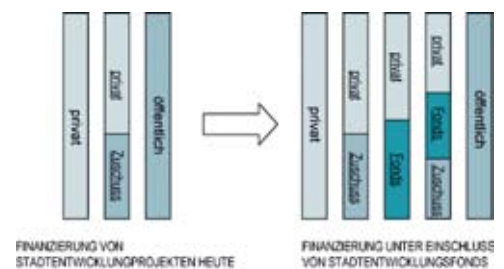
Forschungsfeldziele und Forschungsleitfragen

Mit der Bereitstellung neuer Instrumente zur Förderung von Stadtentwicklungsprojekten steigt die Anzahl möglicher Konstellationen in der Projektfinanzierung. Neben die rein private, rein öffentliche und die öffentlich bezuschusste Projektfinanzierung treten neue Alternativen. Dabei sind auch Kombinationen der einzelnen Instrumente möglich. Ein unrentables Projekt kann über einen Zuschuss rentabel werden. Ein Stadtentwicklungsfonds kann im zweiten Schritt über die Bereitstellung von Eigenkapital

für das Projekt das Risiko privater Investoren senken und unter Umständen den Zuschussbedarf eines Projektes verringern.

Die zusätzlichen Instrumente bzw. Finanzierungsformen haben allerdings auch Rückwirkungen auf das bestehende Förderinstrumentarium. So sind bei einer Kombination von Instrumenten die Antrags- und Bewilligungsverfahren aufeinander abzustimmen, um Probleme in der zeitlichen Abwicklung zu vermeiden. Gleichzeitig kommt es zumindest in Teilbereichen zu einer „Instrumentenkonkurrenz“, die sich auf die Akzeptanz der Instrumente auswirken kann. Bei der Einrichtung von Stadtentwicklungsfonds müssen daher immer auch die Rückwirkungen auf das bisherige Förderinstrumentarium berücksichtigt werden.

Neue Konstellationen in der Projektfinanzierung



Quelle: FIRU/BBR 2008

Im Rahmen des Forschungsfeldes wurden vom BBR bislang vier Modellvorhaben ausgewählt, die Stadtentwicklungsfonds entwickeln und erproben:

- Brandenburg: Implementierung eines Stadtentwicklungsfonds im Land Brandenburg;
- Hamburg: Stadtentwicklungsfonds Wilhelmsburg;
- Nordrhein-Westfalen: Stadtentwicklungsfonds NRW;
- KfW: KfW-Stadtentwicklungsfonds.

Das Forschungsfeld ist zeitlich so strukturiert, dass Ergebnisse für Bund und Länder Ende 2010 zur Halbzeitbewertung der laufenden Strukturfondsperiode in der Europäischen Union vorliegen sollen. Nicht zuletzt mit Blick auf den Einsatz von EFRE-Mitteln in Stadtentwicklungsfonds erwarten sich alle Beteiligten Impulse für die Entwicklung dieses neuen Instruments zur Stärkung der Städte in Deutschland und Europa.

Weitere Informationen:
www.bbr.bund.de
 > Forschungsprogramme
 > ExWoSt
 > Forschungsfelder

Kontakt:

Dr. Peter Jakobowski
 Referat I 5
 Verkehr und Umwelt
 Tel.: 0228 99 – 401 22 43
 E-Mail:
peter.jakubowski@bbr.bund.de

Europäische Politik des territorialen Zusammenhalts – Europäischer Rechtsrahmen und nationale Umsetzung

Mit Beginn der Strukturperiode 2007–2013 wurde die Förderung der transnationalen Zusammenarbeit von einer EU Gemeinschaftsinitiative (Interreg B) auf eine Zielförderung umgestellt und als Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ in die „Mainstream-Förderung“ der Europäischen Strukturpolitik aufgenommen. In diesem Zusammenhang wird zum Teil die Auffassung vertreten, dass sich hieraus eine veränderte Kompetenz von Bund und Ländern ergibt. Danach wären ausschließlich die Länder für die transnationale territoriale Zusammenarbeit zuständig. Die Rolle des Bundes wäre vorrangig in einer Koordinierung und zusammengefassten Vertretung von Länderinteressen zu sehen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das bisher praktizierte Engagement des Bundes in der transnationalen Zusammenarbeit aufrechterhalten werden kann. Dies sowie die Neuausrichtung der Gesetzgebungskompetenzen für die Raumordnung nach der Föderalismusreform waren Anlass, der Frage nach den Kompetenzen des Bundes für die transnationale territoriale Zusammenarbeit in einem verfassungsrechtlichen Gutachten nachzugehen.

Ulrich Battis und Jens Kersten kommen in ihrem Gutachten zu dem Schluss, dass weder die Reform der Strukturperiode noch die Föderalismusreform I etwas an der anteiligen Bund-Länder-Verantwortung für die Umsetzung der transnationalen Zusammenarbeit ändern: „Bund und Länder wirken in der europäischen Raumentwicklung zusammen. Für ihre Beteiligung an der transnationalen Zusammenarbeit steht ihnen jeweils eine Anteilskompetenz zu. Entsprechend den Strukturbedingungen überörtlicher Planung im Mehrebenensystem sind diese Anteilskompetenzen des Bundes und der Länder funktional voneinander abzugrenzen.“

Die Gutachter analysieren diese funktionale Abgrenzung der Anteilskompetenzen hinsichtlich der Außenvertretungsbefugnis, der Konzeption sowie der Koordination für die europäische Raumentwicklung und vor allem für die transnationale Zusammenarbeit und deren Finanzierung und Haftungsübernahme. Damit ist der rechtliche Rahmen für die Umsetzung der transnationalen Zusammenarbeit in Deutschland

aufgezeigt, insbesondere hinsichtlich der Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern sowie hinsichtlich der Ressortzuständigkeit auf Bundesebene. Die diesbezüglichen Ergebnisse stützen die vom BMVBS eingenommene Einschätzung und praktizierte Vorgehensweise im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit und geben damit Orientierung für die weitere Praxis in der Ausübung der transnationalen Zusammenarbeit.

Das vorliegende Gutachten geht jedoch weit über die konkrete rechtliche Würdigung der Kompetenzfrage hinaus: Battis und Kersten beleuchten die Förderung der transnationalen Zusammenarbeit als Strategie europäischer Raumentwicklung und zeichnen die Entwicklung eines neuen Verständnisses von europäischer Raumentwicklungspolitik, die als „European Territorial Governance“ bezeichnet wird, in rechtlicher, politischer und theoretischer Hinsicht nach. Sie folgen dabei einem interdisziplinären Konzept, um den territorialen Zusammenhalt als neues Paradigma einer integrierten europäischen Raumentwicklung zu entfalten. Dieses Konzept geht von einer politischen Folgebetrachtung der europäischen Raumentwicklung nach 1989 aus und diskutiert diese unter dem Gesichtspunkt eines kulturwissenschaftlich inspirierten „spatial turns“ in Europa.

Das Gutachten gibt insofern nicht nur Orientierung für die weitere Praxis der transnationalen Zusammenarbeit in Deutschland, sondern ist auch eine fundierte Basis für einen vertieften wissenschaftlichen Diskurs über die Herausbildung und Ausdifferenzierung des Konzepts der „European Territorial Governance“ als neues Planungsparadigma.

Das Gutachten erscheint in Kürze als Sonderveröffentlichung des BBR unter dem Titel „Europäische Politik des territorialen Zusammenhalts – Europäischer Rechtsrahmen und nationale Umsetzung“.



Die Veröffentlichung kann in Kürze kostenfrei unter dem Stichwort „Gutachten Battis/Kersten“ bezogen werden bei beatrix.thul@bbr.bund.de

Eine deutsch- und eine englischsprachige Kurzfassung des Gutachtens steht in Kürze als Download zur Verfügung: www.bbr.bund.de
> Forschungsprogramme
> Allg. Ressortforschung
> Bereich Raumordnung

Auftragnehmer:

Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis
Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Jens Kersten
Universität Bayreuth

Kontakt:

Brigitte Ahlke
Referat I 3
Europäische Raum- und
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 30
E-Mail:
brigitte.ahlke@bbr.bund.de



ESF-Bundesprogramm BIWAQ – 93 Projekte gehen an den Start

Mit dem ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ gewährt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Zuwendungen für Projekte in den Programmgebieten des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt, die die Qualifikation und soziale Situation der Stadtteilbewohner und damit auch ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Das Programm BIWAQ verknüpft die sozialraumorientierte Förderung der Sozialen Stadt mit personenbezogenen Maßnahmen

der aktiven Arbeitsmarktförderung. Gefördert werden daher sozial-integrative Projekte, die folgende Ziele anstreben: Integration von Langzeitarbeitslosen, Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit, Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf sowie Stärkung der lokalen Ökonomie.

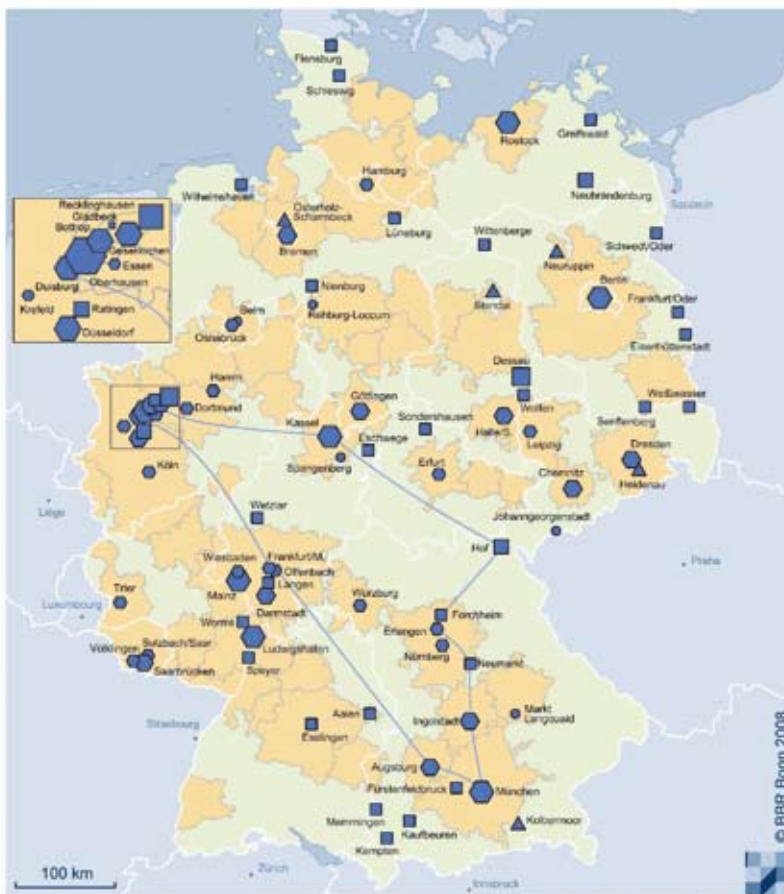
Für die Umsetzung des Programms in zwei Förderrunden von 2008 bis 2015 stehen derzeit 156 Mio. € zur Verfügung. Für die inhaltliche Begleitung ist das BBR zuständig. Die förderrechtliche und administrative Umsetzung erfolgt durch das Bundesverwaltungsamt (BVA).

Die Resonanz auf den Aufruf zur Interessenbekundung für die erste Förderrunde Anfang April diesen Jahres war mit rd. 500 Bewerbern erfreulich hoch. Dabei bestehen nach Ländern und Programmgebieten deutliche Unterschiede in der Beteiligung.

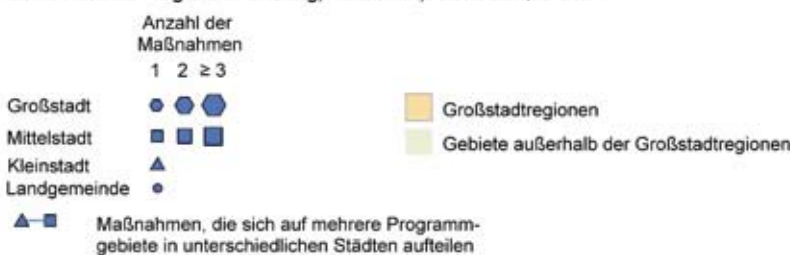
Die eingereichten Interessenbekundungen wurden in einem Wettbewerbsverfahren von Fachgutachtern nach dem Vier-Augen-Prinzip unabhängig voneinander bewertet. Das zur Verfügung stehende Mittelvolumen reichte jedoch bei weitem nicht aus, um alle förderwürdigen Projekte zu berücksichtigen. Auf der Grundlage der Bewertung der Fachgutachter wurden daher für die erste Förderrunde 93 Vorhaben ausgewählt.

Unter den Projektträgern befinden sich in erster Linie Kommunen, Bildungsträger und gemeinnützige Organisationen. Die überwiegende Mehrzahl der Projekte verfolgt aufgrund ihrer inhaltlichen Ausrichtung mehrere Zielsetzungen gleichzeitig, wobei fast drei Viertel die „Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit“ zum Ziel hat. Die „Integration von Langzeitarbeitslosen“ streben knapp 60 % an, gefolgt von den beiden anderen Zielen mit rd. 50 %.

Mit einer Informationsveranstaltung des BMVBS, des BVA und des BBR am 29. September 2008 in Berlin wurde der Startpunkt für das offizielle Antragsverfahren gesetzt. Für März 2009 ist ein öffentlicher Auftaktkongress BIWAQ in Berlin geplant.



Gemeinden im Programm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier"



Gefördert durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Europäischen Sozialfonds.

Datenbasis: BIWAQ-Datenbank des BBR
Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2006

Kontakt:

Orhan Güles / Regine Wagner, Referat I 4,
Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 12 21 / 401 23 34
E-Mail: orhan.gueles@bbr.bund.de
regine.wagner@bbr.bund.de

Werkstatt-Stadt: 150 gute Beispiele und mehr

Kürzlich ist das 150. gute Beispiel nachhaltiger Stadtentwicklung auf werkstatt-stadt.de online gegangen. Werkstatt-Stadt ist die Internetseite des Bundes für innovative Städtebauprojekte aus dem Bundesgebiet. Dort präsentieren BMVBS und BBR gute Beispiele aus der städtebaulichen Praxis für die Praxis. Die dokumentierten Projekte auf Werkstatt-Stadt sind praxiserprobt, qualitätsgeprüft und nachahmenswert. Werkstatt-Stadt ist die einzige bundesweite Projektdatenbank mit abgeschlossenen Praxisbeispielen, die die relevanten Handlungsfelder nachhaltiger Stadtentwicklung abdecken.

Die baulich-räumliche Relevanz der präsentierten Projekte reicht über ein einzelnes Objekt hinaus. Die Projekte entfalten Wirkung in den alltagsweltlichen Aktionsräumen der Menschen, auf der Quartiersebene. Die Darstellung der Beispiele ist einheitlich strukturiert und illustriert; sie wird laufend aktualisiert und um weiterführende Informationsquellen ergänzt. Die Internetpräsentation ist

- allgemeinverständlich: Die Projektinformationen sind selbsterklärend und übersichtlich.
- anregend: Effekte und Anknüpfungspunkte für Übertragbarkeiten werden in Wort und Bild erläutert.
- anwendungsfreundlich: Diverse Informationszugänge, Weiterleitungen, einfache Navigation, schneller Seitenaufbau.

Die primäre Absicht liegt in der Verbreitung wenig bekannter Lösungsansätze und nicht in einer publizistischen Verstärkung von ohnehin schon prominenten Projekten. Denn nachhaltig wirksame Beiträge für zukunftsfähige Städte und Gemeinden entstehen zumeist im Kontext alltäglicher Aufgaben und müssen sich im städtebaulichen Tagesgeschäft bewähren. Die Projektsammlung deckt insgesamt ein breites Spektrum städtebaulicher Handlungsfelder, Gebiets- und Maßnahmentypen ab und ist weit über das Bundesgebiet gestreut.

Die Beispielsammlung ist ein anwendungsorientiertes Informationsangebot für das breite Fachpublikum. Dementsprechend wird die Nutzbarkeit der Internetseite laufend weiter optimiert.

- **Projektstandortkarte:** Die statische Karte mit den Orten der Projektbeispiele wurde durch eine flexible Karte auf Basis von google.maps ersetzt. Die Projekte lassen sich nun koordinatenscharf verorten. Sie können auch direkt aus der Karte heraus aufgerufen werden. Zusätzlich lassen sich die Koordinaten downloaden und stehen dann auch für andere Anwendungen zur Verfügung.
- **Archiv:** Werkstatt-Stadt verfügt nun über ein Archiv, in dem sich ältere Projekte befinden. Deren Projektdaten werden nicht mehr aktualisiert, bleiben aber weiterhin über verschiedene Wege auffindbar.
- **Suche:** Das Suchergebnis unterscheidet nach aktuellen Projekten und Projekten mit dem Status „Archiv“.

Die innovativen Städtebauprojekte sind bisher in zwei Phasen mit unterschiedlichen Akzenten aufbereitet worden. Zunächst wurden Beispiele aus der allgemeinen Städtebaupraxis zusammen getragen. Seit Anfang 2005 werden diese primär aus Vorhaben der städtebaulichen Forschung und der fachlichen Begleitung von Förderprogrammen des Bundes ergänzt. Auf diese Weise ist schon jetzt ein breites und zum Teil auch tiefgehendes Projektwissen zusammen gekommen. Übrigens, Werkstatt-Stadt gibt es auch in Englisch: Bis auf wenige Ausnahmen sind die Projektbeschreibungen in Englisch übersetzt. Es ist möglich, auf jeder Ebene zwischen der deutschen und englischen Version von Werkstatt-Stadt zu wählen.



Quelle: BBR



Unter www.werkstatt-stadt.de präsentiert das BBR innovative Projekte im Städtebau

Kontakt:

Bernd Breuer
Robert Schmell
Referat I 2
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 22 68
401 12 50

E-Mail:
bernd.breuer@bbr.bund.de
robert.schmell@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 0228 99 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von 6,00 €
(zzgl. Versand)

Kontakt:

Dr. Karl Peter Schön
Referat I 3
Europäische Raum- und
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 29
E-Mail:
peter.schoen
@bbr.bund.de

Raum- und Stadtentwicklung in Asien

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8.2008

Das Interesse an Entwicklungsprozessen in Asien hat in Deutschland und Europa in den vergangenen Jahren stark zugenommen, wie auch umgekehrt der Blick asiatischer Fachkollegen sich in jüngerer Zeit öfter auf Deutschland und Europa und hier erprobte Lösungsansätze und Erfahrungen richtet. Offensichtlich besteht ein beiderseitiges Interesse am internationalen fachlichen Erfahrungsaustausch über die aktuellen Herausforderungen der Raum- und Stadtentwicklung und an der Initiierung von gemeinsamen Lernprozessen zur Findung überzeugender politischer Antworten auf diese Herausforderungen. Grund genug, mit diesem Heft der „Informationen zur Raumentwicklung“ einige zentrale aktuelle Aspekte der zurzeit geführten Diskussionen zur Raum- und Stadtentwicklung in Asien aufzugreifen und einem breiteren Publikum vorzustellen.

Die Wirtschafts-, Umwelt- und Bevölkerungsentwicklung mit der Raum- und Stadtentwicklung gezielt in Einklang zu bringen, steht auf der Agenda vieler asiatischer Staaten, Regionen und Städte. China, Japan, Korea, Taiwan, Beijing und Tokyo markieren die Orte, die das aktuelle Asien-Heft der „Informationen zur Raumentwicklung“ neben übergreifenden Beiträgen konkret aufgreift.

In dem Heft beleuchten deutsche, insbesondere aber auch Wissenschaftler und Planer aus den genannten Ländern die räumliche Entwicklung und Planung dort.

Die großen Metropolen und Metropolregionen gelten in Europa wie in Asien gleichermaßen als Steuerungs- und Austauschzentren der globalisierten Wirtschaftsprozesse und damit als die wirtschaftlichen Wachstumsmotoren und innovativen Zentren der Wissensgesellschaft. Sie stehen aber auch häufig als Symbol und Ort für soziale und räumliche Polarisierungen – zwischen Stadt und Land, Arm und Reich, bevorzugten und benachteiligten Teilräumen – und symbolisieren so nicht zuletzt den Bedarf an gesellschaftlicher Integration, der gerade für die Städte und Metropolen eine besondere Herausforderung darstellt.

In dem Heft geht es um die Entwicklung von Metropolen und Mega-Cities in Asien, die Stadtentwicklungspolitik in Beijing und die Raumentwicklungspolitik in China, den demographischen Wandel in Ost- und Südostasien, aktuelle Strategien der Raumentwicklung in Taiwan und Japan sowie um internationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen in Nordostasien. Das Heft wird eingeleitet durch eine Einführung in die Thematik und abgeschlossen durch Reflexionen über die Herausforderungen des asiatischen Jahrhunderts für die Raumentwicklung und Raumentwicklungspolitik in Deutschland.

Das Heft zeigt, dass eine weitere Vertiefung der raum- und stadtpolitisch orientierten Forschung für beide Seiten von größtem Interesse ist. Es geht dabei u. a. um einen vertieften Erfahrungsaustausch in Sachthemen wie demographischer Wandel, wirtschaftliche Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit, Disparitätenausgleich, Umwelt, Energie, Verkehr, Stadtentwicklung, um räumliche Zielsysteme und Umsetzungsstrategien, um räumliche Governance-Fragen der Organisation von Stadt- und Raumentwicklung im größeren, transnationalen Kontext einschließlich von Elementen der gemeinsamen strategischen Planung und des Ausbaus der transnationalen Zusammenarbeit von Städten und Regionen.



Veranstaltungsankündigungen

Fachtagung „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere – Impulse für Deutschland und Europa“



Wie sollen lebenswerte Stadtquartiere in Zukunft aussehen? Wie können Familien mit Kindern und ältere Menschen ihr Zuhause in den Städten (wieder-)entdecken? Was sind die Aufgaben von privaten und staatlichen Akteuren bei der Entwicklung von Stadtquartieren für Alt und Jung? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der zweiten fachöffentlichen Veranstaltung zum Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) am 6. November 2008 in Braunschweig.

In den vergangenen zwei Jahren haben die 26 Modellvorhaben des Forschungsfeldes große Schritte bei der Umsetzung generationenübergreifender Ansätze getan. Parallel wurden in sieben europäischen Ländern und dreißig deutschen Quartieren vergleichbare Projekte als Fallstudien analysiert. Die

nun vorliegenden Ergebnisse liefern erste Bausteine innovativer und gleichzeitig praxiserprobter Strategien für Kommunen, Wohnungsunternehmen und private Initiativen.

Die Präsentation der Fallstudien und die Diskussionen auf der Veranstaltung sollen den Diskurs über lebenswerte Stadtquartiere für alle Generationen fördern und zur Verbreitung zukunftsweisender Lösungsansätze beitragen.

Wann?

6. November 2008, 9.00 Uhr bis 17.30 Uhr

Wo?

Gewandhaus am Altstadtmarkt, in den Räumen der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Brabantstraße 11, 38100 Braunschweig

Weitere Informationen zu Programm und Anmeldung: www.bbr.bund.de
> Neues/Termine
> Aktuelle Veranstaltungen

2. Regionaler Demografiekonvent „Region schafft Zukunft“ Zwischenstand zum Modellvorhaben „Demografischer Wandel“



Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) fördert unter dem Motto „Region schafft Zukunft“ seit Mitte 2007 in dem Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“ die beiden Modellregionen Südharz-Kyffhäuser und Stettiner Haff. In dem Modellvorhaben engagieren sich Bund, Länder, Kommunen, viele Projektträger und die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam, um den Bewohnern Zukunftsperspektiven in ihrer Region zu geben. Erstmals wird in den Modellregionen ein derart breites, fachübergreifendes Spektrum von Themen und Projekten in einem Modellvorhaben gefördert und umgesetzt.

Auf dem 2. Regionalen Demografiekonvent stellen die Projektträger aus beiden Modellregionen Projektfortschritte und Zwischenergebnisse aus den verschiedenen Handlungsfeldern in moderierten Dialogen vor, tauschen Erfahrungen aus und diskutieren mit einer breiten Fachöffentlichkeit.

Beide Modellregionen verfolgen sowohl Anpassungs- als auch Entwicklungsstrategien, die dem Bevölkerungsrückgang ent-

gegenwirken. Ein Handlungsschwerpunkt der Regionen sind wirtschaftliche Ziele: die Stabilisierung und Stärkung der regionalen Arbeitsmärkte durch Förderung von Bildung und Qualifizierung, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und Gewährleistung von Mobilität. Ebenso hohes Gewicht haben soziale Ziele wie die Sicherung der sozialen Daseinsvorsorge, die Förderung von Familienfreundlichkeit in Städten, Gemeinden und Unternehmen sowie neue Formen des Wohnens und Zusammenlebens und die Stärkung von kultureller und regionaler Identität.

Ziel ist es, die vielen regionalen und kommunalen Ansätze, Ideen und Projekte zur Gestaltung des demografischen Wandels zu bündeln und damit Lebensperspektiven in diesen ländlichen Regionen offensiv zu sichern und positiv zu entwickeln.

Wann?

6. November 2008, 9.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Wo?

Ostseebad Heringsdorf (Insel Usedom, Landkreis Ostvorpommern)

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des BBR unter: www.bbr.bund.de
> Neues/Termine/
> VeranstaltungenWissBereich

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0 228 99 - 4 01 - 0
Telefax: 0 228 99 - 4 01 - 22 66
Web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.
Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 5/2008 – Oktober

ISSN 1434 – 9590



Neues aus der Forschung – www.bbr.bund.de

Neue *Internetbeiträge aus der Forschung* finden Sie unter **Neues/Termine/Internetbeiträge aus dem wissenschaftlichen Bereich**.

In der Rubrik **Forschungsprogramme**:

Allgemeine Ressortforschung / Städtebauförderung

- Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung

Allgemeine Ressortforschung / Wohnungswesen

- Hedonischer Immobilienpreisindex

ExWoSt / Studien

- Renaturierung als Strategie nachhaltiger Stadtentwicklung
- Reurbanisierung der Innenstadt
- Stadtentwicklungsfonds in Deutschland

ExWoSt / Forschungsfelder

- Kommunale Konzepte Wohnen
- Innovationen für Familien und altengerechte Stadtquartiere
- Stadtumbau West

Zukunft Bau

- Analyse der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Wertschöpfungskette Bau
- Anpassung der EU-Bauproduktenrichtlinie zur Verbesserung der deutschen Bauwirtschaft
- Bauwerkssicherheit des BMVBS

In der Rubrik **Forschen und Beraten**:

Stadtentwicklung / Städtebauförderung

- Fachliche Vorbereitung und Begleitung des zweiten Kongresses zur Zukunft der Städtebauförderung

Wohnungswesen

- Wohnungswirtschaft

In der Rubrik **Raumbeobachtung**

Komponenten / Laufende Bevölkerungsumfrage

- Auswertung 2007

Downloads zu aktuell erschienenen *Publikationen* finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine unter Veröffentlichungen**.

Alle *Veranstaltungen* finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine unter Veranstaltungen wissenschaftlicher Bereich**.

Kontakt:

Dr. Karin Veith
Referat I 7
Wissenschaftliche Dienste
Tel.: 0228 99 – 401 22 97
E-Mail:
karin.veith
@bbr.bund.de